

Abonnementsspreis

Die Abonnementsspreise über den im Gieß-
kamp und den Vororten erschienenen
Zeitung abgezehlt: vierbiläufig 4.50,-
und zweimaliges Doppelblatt 4.50,-
Durch die Post bezogen für
Deutschland und Österreich: vierbiläufig
4.50,- Durch die Börsenhandlung
im Ausland: monatlich 4.50,-

Die Abonnementsspreise erhöhten sich auf 7.50,-
für Überseebüros und 5.00,- für
die Überseezeitungen.

Redaktion und Expedition:

Leipziger Straße 8.

Die Redaktion ist Montags ununterbrochen
geöffnet von früh 8 bis Abend 7 Uhr.

Filialen:

Leipziger Hof, Untermarkt 1.

Savoye, Weiß, Schlesische Straße 7.

Nr. 312.

Politische Tageschau.

* Leipzig, 20. Juni.
Alle Einwendungen, die gemacht werden können und die
wir sich selber machen, äußern nichts daran, daß die Kaiser
des Kaisers Bißmarck das Gepräge des Tages ist. Heute
mag es durch den Beifall des konservativen Klängeposaard
im Hintergrund geringt werden, gehörte und ver-
gessen beschäftigte sie vor allem anderen die Gewalttheit.
Kaiß Bißmarck in einer Privatsphäre, aber die Herzen fragen
sind danach und die Köpfe auch nicht. Der dritte Tag
heute deutlichste politische Vergleich des Bißmarck in Friedens-
zeit mit dem Wettbewerb in Brüderlichkeit ist eben — deut-
schnisig, weiter nichts. Wir haben über die Haftungen
in Berlin und Dresden berichtet, aber die Schlägerungen bleien
unter der Brüderlichkeit zurück. Wenn heute vermoga zu be-
schreien, wie durch den Bevölkerungsjubel die Gewalt-
theit verschärft, wie aus den Kündigungstagen die Entspannung
weicht, daß Deutschland, als ein Ganzer angesehen, diesem
Raum noch wie ein hämmernder Schuldner gegenübertreift. Es
wird der Nachklang unverlänglich sein, wie es im Auslande
heute nicht begreifen wird, daß am Sonnabend auf dem
Kaiseraltbahn in Berlin viele schon einen Fortschritt
daran erachteten, daß es Deutschen in den Reichsbahngütern
nicht verhindert war, dem Raume von Niedersachsen
mit Wiss. ihre Verbindung zu bezeugen. Und vielleicht ist
dies wirklich ein Symptom einer beginnenden Wandlung,
daß Bißmarck seinerseits hat am Tage seiner Adressen von
Österreichischen jenen Brief befreit, daß einer Aenderung
im Verhältnisse zwischen dem Kaiser und dem ersten Kämmerer
des Kaiserreiches gar nicht bereit ist werden
zu sein. Ein Artikel der "Augsburgischen Zeitung", dessen Er-
wähnung ich hier nicht nenne, zeigt Bißmarck als den treuen, ehrlichen Unter-
thanen des Kaisers, der den Gewalten und den Zuständen "Anschluß" ablehnkt, weil die Stellung des Monarchen
eine so hohe sei, als daß er mit seinem ehemaligen Minister
in einem Verhältnisse stehen könnte, das durch eine
"Abstimmung" eine Rendition zu erfordern vermöge. Bißmarck
hätte höchstens in Umgang bei dem Kaiser stehen, und
wenn dies der Fall sei, so kann nichts Fadens gerichtet,
als daß der Monarch ihn wieder zu Gnade aufnehmen. Die
Qualität dieser Aussicht wird durch den Ausstand bestätigt,
doch sie in dem Augenblick belustigt wird, da der chemische
Kämpfer sich zu einer Reise ins Ausland anschickt, wie sie
außerordentlich leicht wird durch das in Berlin gesprochene
Wort: "Meine Ehre ist geweckt". Das Bißmarck in
Österreich nichts Anteres sucht, als seine neue, ihm be-
gleitende Familiengeschichte zu sein, was seine
Hände keinen Augenblick zweifelhaft. Zum Überflusse hat
auch diese Aufschau in dem Organ des Kaisers ihre Be-
hauptung gefunden. Wenn die österreichischen Behörden
gewisse Vorbehaltungen gegen allein slawische Anträge
getroffen haben, so handelten sie im gefährdeten Interesse
der Freiheit des gleichen Staates und zweitens auch politisch
wurden. Das gesetzliche Verhältnis, das bestimmt ist,
in Dresden, also im Palast, zum Kaiserstand kann, kann und
darf für eine frende Regierung nicht erfüllen, für die Deutsch-
land aussichtsreich wäre das Reichsverband und deren Re-
gierung repräsentant erscheint. Wer diesen unangezügten in den
Reihennummern der Wiener Behörden etwas Bedauernswertes
findet, wird gerechterweise seine Kritik nicht gegen diese Seiten
richten und auch nach einer anderen Richtung hin sich eben
lagen müssen, daß unerwünschte Verhältnisse nur unerwüns-
chte Konsequenzen zeitigen können. Behaupten Sie und
Deutschland ist nur Eins: daß die "japanische Veränderung" von
der Rückkehr Bißmarcks ins Amt so auch bei diesem
Anlaß kein Stillschweigen aufzuheben vermöchte, beschämend
allerdings nur deßhalb, weil man im Ausland über
die Geschlossenheit und, wenn der Ausland gestaltet
ist, Bandbreite einer gewissen Freiheit nicht unang-
tretiert ist. Um in Österreich Stimmen gegen den

deutschen Haß zu machen, haben in der deutschen Hauptstadt
erscheinende deutschstämmige Organe von einem ad hoc ein-
genommene österreichische Standpunkte eine Charakteristik
der Bißmarck'schen Politik entworfen, wie sie selbst ein Dano-
Klopp nicht zu leisten im Stande wäre. Deutscher Blätter
erinnern die Österreicher an 1866 und den Bißmarck
von damals, sprechen von einer "Hege" des Reichs gegen
Österreich, bemühen ihn den Deutscherreichen als den
"eigenen" Ueberherren der gegen die Deutschen ge-
richteten "Verbindungs-politik Tasche" und suchen gleich-
zeitig die antideutsche Elemente des Kaiserstaates gegen ihn
einzuschaffen. Ja, ein Berliner Blatt, das unablässig gegen
West und Oste kämpft, versucht sich, den altrömischen
österreichischen Adel darauf aufmerksam zu machen, daß Kurfürst
Bißmarck das "Römerisch gemacht" habe! Nur aus der Feder
Vielknecht's sind ziemlich wertvolle Bekundungen nationaler Selbst-
verwaltung gelassen. Es ist nur ein Teil der deut-
schen Presse, die sich derart von dem Kaiser trennen läßt,
und wenn wir dieses Treiben viel betrachten, so ist der Vomog-
gen und der Nachklang unverlänglich sein, wie es im Auslande
heute nicht begreifen wird, daß am Sonnabend auf dem
Kaiseraltbahn in Berlin viele schon einen Fortschritt
daran erachteten, daß es Deutschen in den Reichsbahngütern
nicht verhindert war, dem Raume von Niedersachsen
mit Wiss. ihre Verbindung zu bezeugen. Und vielleicht ist
dies wirklich ein Symptom einer beginnenden Wandlung,
daß Bißmarck seinerseits hat am Tage seiner Adressen von
Österreichischen jenen Brief befreit, daß einer Aenderung
im Verhältnisse zwischen dem Kaiser und dem ersten Kämmerer
des Kaiserreiches gar nicht bereit ist werden
zu sein. Ein Artikel der "Augsburgischen Zeitung", dessen Er-
wähnung ich hier nicht nenne, zeigt Bißmarck als den treuen, ehrlichen Unter-
thanen des Kaisers, der den Gewalten und den Zuständen "Anschluß" ablehnkt, weil die Stellung des Monarchen
eine so hohe sei, als daß er mit seinem ehemaligen Minister
in einem Verhältnisse stehen könnte, das durch eine
"Abstimmung" eine Rendition zu erfordern vermöge. Bißmarck
hätte höchstens in Umgang bei dem Kaiser stehen, und
wenn dies der Fall sei, so kann nichts Fadens gerichtet,
als daß der Monarch ihn wieder zu Gnade aufnehmen. Die
Qualität dieser Aussicht wird durch den Ausstand bestätigt,
doch sie in dem Augenblick belustigt wird, da der chemische
Kämpfer sich zu einer Reise ins Ausland anschickt, wie sie
außerordentlich leicht wird durch das in Berlin gesprochene
Wort: "Meine Ehre ist geweckt". Das Bißmarck in
Österreich nichts Anteres sucht, als seine neue, ihm be-
gleitende Familiengeschichte zu sein, was seine
Hände keinen Augenblick zweifelhaft. Zum Überflusse hat
auch diese Aufschau in dem Organ des Kaisers ihre Be-
hauptung gefunden. Wenn die österreichischen Behörden
gewisse Vorbehaltungen gegen allein slawische Anträge
getroffen haben, so handelten sie im gefährdeten Interesse
der Freiheit des gleichen Staates und zweitens auch politisch
wurden. Das gesetzliche Verhältnis, das bestimmt ist,
in Dresden, also im Palast, zum Kaiserstand kann, kann und
darf für eine frende Regierung nicht erfüllen, für die Deutsch-
land aussichtsreich wäre das Reichsverband und deren Re-
gierung repräsentant erscheint. Wer diesen unangezügten in den
Reihennummern der Wiener Behörden etwas Bedauernswertes
findet, wird gerechterweise seine Kritik nicht gegen diese Seiten
richten und auch nach einer anderen Richtung hin sich eben
lagen müssen, daß unerwünschte Verhältnisse nur unerwüns-
chte Konsequenzen zeitigen können. Behaupten Sie und
Deutschland ist nur Eins: daß die "japanische Veränderung" von
der Rückkehr Bißmarcks ins Amt so auch bei diesem
Anlaß kein Stillschweigen aufzuheben vermöchte, beschämend
allerdings nur deßhalb, weil man im Ausland über
die Geschlossenheit und, wenn der Ausland gestaltet
ist, Bandbreite einer gewissen Freiheit nicht unang-
tretiert ist. Um in Österreich Stimmen gegen den

politische Tauschgeschäfte einzugeben. Allein das kann wohl
die deutsche Bevölkerung von ihren Vertretern mit Recht
erwarten, daß sie eine Regierung unterstützen, die auch jetzt
noch, wo sie die Deutschen zur Wehrheit im Parlament
eingezogen braucht, eine humanitäre Politik auf Kosten
der Deutschen betreibt. So tritt, wie die "Vorläufige Zeitung"
meint, die Regierung den Vertretern der Deutschen
Stadt, Klagenfurt und Cilli an, slowenische
Eingaben anzunehmen und in zufolge Sprache zu er-
weitern, dies jedoch, weil in der Umgebung dieser
Städte eine slowenische Landesförderung anzutreffen ist. Ge-
meinden in Kärnten, deren Vertreter sich gegen die Zwe-
sprachigkeit des Schulunterrichts wehren, wird beobachten, neben
der deutschem auch die slowenische Unterrichtssprache einzuführen,
und umfangreich wurde, wie schon gemeldet, der wichtige Vertrag
im Justizministerium, mit welchem das Reichsgericht zur Regie-
rung humanitärer Richter in den Provinzen Steier-
mark, Kärnten und Krain verbunden ist, entgegen dem Er-
neuerungsvorschlag des Obergerichtspräsidenten in Graz, auf
Antränger der slowenischen Abgeordneten einem slowenischen
Pensum verliehen. Da die Geläufigkeit der Regierung für die
Slowenen galt so weit, daß sie in einem Geschäft
beider Abgeordneter Urteil sprach, so vertrat die Regierung
die slowenischen Abgeordneten nicht. Und so erhielt
die slowenische Sprache gegen die zweisprachige Kärntner
Gemeinde, das Wirklichen des bestreiten und radikalen Ober-
hauptes . . . und jetzt, lieber Wittlinger, verehrt mir unter
Aufmerksamkeit, um diesen Sieg des 14. Juni zu verwöhnen.
Am Dienstag alle an den Wahlurnen!"

Da die Zahl der sozialistischen Stimmen in Brünn nach
der Angabe des halbamtlichen "Brünn. Journ." nur 900 be-
trägt, die Liberalen aber mit 3500 Stimmen Mehrheit ge-
wählt worden sind, also das "schimpfliche" Bündnis nicht den
Wahltag herbeigeführt haben kann, so verrät die Rede des
Ministers nur den Wanger der leichten Freiheit, daß sie bei
der Verfassungswahl auf die Zustimmung der Liberalen
angewiesen sind.

Welche Wirkung die vielergründete Kölner Monarchen-
begegnung auf die russische Presse ausgeübt hat, ergiebt
sich am schlagendsten aus den Berichten, mit denen diese
Presse die preußischen Schiedsgerichte wegen der Streit-Geschäfte
mit der Russischen Republik, mit welchen die Verhältnisse verschärft,
mit der die Russische Republik in Brünn, auf
Antränger der slowenischen Abgeordneten einem slowenischen
Pensum verliehen. Da die Geläufigkeit der Regierung für die
Slowenen galt so weit, daß sie in einem Geschäft
beider Abgeordneter Urteil sprach, so vertrat die Regierung
die slowenischen Abgeordneten nicht. Und so erhielt
die slowenische Sprache gegen die zweisprachige Kärntner
Gemeinde, das Wirklichen des bestreiten und radikalen Ober-
hauptes . . . und jetzt, lieber Wittlinger, verehrt mir unter
Aufmerksamkeit, um diesen Sieg des 14. Juni zu verwöhnen.
Am Dienstag alle an den Wahlurnen!"

Der Wiener Staat verurteilt gegenwärtig in Moskau
die Wirtschafts- und die Moskauer Gemeindeversammlung
beim Baue des Schlossbaus, welches angeblich mehr als
2½ Millionen Rubel gekostet haben soll. Während der Bau
ein so großer Summe Geldes verschlungen hat, findet sich
nicht einmal irgend welche Regierung vor, nach welcher man
die Verantwortung dieser Verträge kontrollieren könnte. Die
Blätter deuten die Schmach hervor, welche Moskau, das Haupt
Rußlands, dadurch erleidet, und sagen, die bekannte Wehr-
kraft der Petersburger Duma trete gegen die Moskauer
Gesellschaft, um die Regierung, fast ebenso aber auch über die
französische Haltung ihrer liberalen Abgeordneten.

In Belgien haben morgen in einzigen Wahlbezirken, in
denen am 14. Juni keine endgültige Entscheidung gefallen ist,
die Stichwahlen statt, deren Ausfall natürlich bei dem
gegenwärtigen Stande der Parteien von großer Bedeutung ist. Die Stichwahlen finden statt in den Wahlbezirken
Schaarwerd, West, Tournai, Charleroi, Soignies und Nivelles.
Für in den letzten Begegnungen gegen die Abgeordneten der katho-
lischen Partei günstig, da der bisherige Abgeordnete Dumont
am 14. Juni 25 Stimmen mehr erhalten hat als sein liberaler
Gegencandidat Henriet. In allen anderen Bezirken dürfen
aller Voranträge nach die liberalen Kandidaten durchdringen,
da dieselben bereits am 14. Juni einen erheblichen Vor-
sprung hatten. Am dem Schammaten des Hauptwahlbezirks
wird der Ausfall der Stichwahlen freilich nicht ändern, da die
klerikale Frei-Dritte-Wahlzeit schon jetzt anstrengt ist. Die
Stichwahlen können aber die Linke noch erheblich ver-
stärken, und um dies zu verhindern, sehen die Klerikalen alle
Heft in Bewegung. Eine wie viele Wohlthätigkeit der
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung vorgebracht hat, bemüht die Rechte, welche der
belgische Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts
Die Bürler in Nivelles, um die Wahlen durchzuführen, geht an die
Regierung über, die die Wahlen auf dem 20. Juni bestätigt. Die
Bürgerschaft ist durch die Regierung bestätigt, so soll die
Wahltag der vereinigten Liberalen in Brüssel bei der
Regierung v